

pax_zeit

4_2014



Ringen um Gewaltfreiheit





Die pax christi-Spitze ist wieder komplett. Die Delegiertenversammlung hat einen neuen Bundesvorsitzenden gewählt.
Seite 14

Editorial

Wir bleiben dabei: Frieden schaffen ohne Waffen – als ich dieses Motto für die Aktivitäten der Friedensbewegung im Jahr 2014 mit Blick auf hundert Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges vorschlug, ahnte ich nicht, wie wichtig diese Position dieses Jahr werden würde. Die öffentliche Debatte über die deutsche Sicherheitspolitik hat in diesem Jahr zweifellos Fahrt aufgenommen. Die Richtung, die die Debatte nimmt, ist jedoch eher erschreckend. Sie reicht von den Plädoyers von Gauck und Co., für mehr Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt, bis zum Abgesang auf den Pazifismus in der FAZ.

Aus dem angekündigten Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan wurde die Phrase: „Mit dem Ende des ISAF-Einsatzes beginnt für Afghanistan eine neue, weniger militärisch geprägte Phase.“ Bis 2016 sollen deutsche Soldat/innen sich definitiv an einer neuen internationalen Mission beteiligen und die Bundeskanzlerin spricht schon jetzt davon, diese „Präsenz“ müsse gewiss darüber hinaus verlängert werden. Wir bleiben dabei: Frieden schaffen ohne Waffen – was als Bekräftigung unseres Friedensengagements gedacht war, ist zum Leitfaden intensiven Ringens um Gewaltfreiheit geworden. Orte dieser Debatte waren in diesem Jahr vielfach die Treffen des Bundesvorstandes, der Kommissionen und vieler pax christi-Gruppen. Diese pax_zeit gibt Einblick in einige der Erklärungen zu den aktuellen Krisen und Kriegen. Klaus Beurle reflektiert die Situation in Irak und Syrien (Seiten 3/4), der pax christi-Präsident rief in einer Aufforderung zur Beteiligung an der Ökumenischen Friedensdekade dazu auf, „den nicht-militärischen Kampf ernster zu nehmen“ (Seite 6). An das katholische Friedensengagement nach dem Ersten Weltkrieg erinnert Michael Rösch in einem kurzen Rückblick auf den Friedensbund der deutschen Katholiken (Seiten 16/17).

„Meine Vision ist eine Welt ohne Waffen“ – so stellte sich Norbert Richter aus dem Essener pax christi-Team der Delegiertenversammlung Anfang November in Fulda vor und wurde zum Bundesvorsitzenden gewählt. Die pax_zeit-Redaktion wünscht viel Erfolg im neuen Amt und Kraft für konkrete Schritte der Verwirklichung dieses Ziels. Mehr von der Delegiertenversammlung und über Norbert Richter lesen Sie ab Seite 14.

Ich bedanke mich bei den Leserinnen und Lesern der pax_zeit für das Lesen und Begleiten dieser Zeitschrift in diesem Jahr und wünsche einen friedvollen Advent.

Christine Hoffmann



Friedenswinter 2014/2015 – Gemeinsam für den Frieden – Friedenslogik statt Kriegsrhetorik

Die Friedensbewegung ruft zu vielfältigen Aktionen auf. Stellen wir uns der Kriegslogik entgegen! Im Aufruf zum Friedenswinter heißt es: Wir sind – wie Millionen Menschen in unserem Land und weltweit – tief besorgt. Kriege breiten sich weltweit in einer immensen Geschwindigkeit aus, sie kehren mit dem Krieg in der Ukraine nach Europa zurück.

Hunderttausende Tote und Verwundete, Millionen Flüchtlinge, noch mehr Hunger und Armut sind die dramatischen Folgen von Kriegen, die primär für wirtschaftliche und geostrategische Interessen geführt werden – in Europa, im Nahen/Mittleren Osten, Afghanistan und in anderen Ländern.

Frieden braucht Mut, Engagement und Solidarität.

Dafür setzen wir uns – regional, national und international vernetzt – im Friedenswinter 2014/2015 ein und fordern alle zum Mitmachen auf. Mehr Informationen zum Friedenswinter im Internet unter www.friedenswinter.de

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. **Herausgeberin** pax christi-Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de **Redaktion** Klaus Beurle, Christine Hoffmann (verantw.), Odilo Metzler, Josef Roberg, Markus Weber **Titelfoto** kallejipp / photocase.de, **Gesamtherstellung** Ute Begemann, Köln **Druck und Versand** Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leserbriefen vor.

pax christi-Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de

Gedruckt auf Circleoffset Premium White (100% Recycling, FSC-zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 1_2015: 23.1.2015.

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung zum pax christi-Kongress 2015 bei.

Inhalt

International

Seite 4

IS

Klaus Beurle

Seite 6

Der Weg Jesu ist kein Weg der Gewalt und kein Weg des Nichtstuns

Seite 8

Skandal Flüchtlingspolitik

Karl Kopp

Kampagne

Seite 10

Rüstungsexporte schaffen Fluchtursachen

Paul Russmann

Seite 11

Ein Karlsruher Trippelschritt

Sebastian Roßner

Aktiv für den Frieden

Seite 12

Otto Fuhrmann und Gotthold Streitberger

Paul Reinwald

Bewegung

Seite 14

Delegiertenversammlung 2014

Josef Roberg

Seite 16

„Wenn du den Frieden willst, rüste den Frieden!“

Michael Rösch

Seite 18

Pazifismus erschöpft sich nicht im Anti-Militarismus

Johannes Schnettler

Meldungen

Seite 20

Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

Seite 20

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

Seite 20

Meldungen aus den Diözesanverbänden

Markus Weber

Glaube Perspektive

Seite 23

Niemals durch Böses Gutes erreichen wollen

Sepp Rottmayr



Foto: kallejpp / photocase.de

Das Ringen um die Gewaltfreiheit: Balanceakt oder politische Pflicht?

pax christi will die Option der Gewaltfreiheit stärken. Der Gerechte Friede soll auf der Basis der Erfahrungen mit der Sicherheitspolitik der letzten fünfzehn Jahre weiter gedacht werden. Alle Interessierten merken dazu bitte schon mal den Termin des pax christi-Kongress 2015 vor: 26. – 28. Juni 2015 in Raststatt. Das Einladungsheft liegt dieser pax_zeit bei.

Wir freuen uns schon auf Ihre Anmeldung!



Fotos: zabelin / 123RF

IS

Die Rache der sunnitischen Terror-Miliz

Klaus Beurle

Die Terror-Miliz „Islamischer Gottesstaat in Irak und Syrien“ will im Irak und in Syrien einen Gottesstaat errichten. Ultra-radikale sunnitische Extremisten kontrollieren inzwischen weite Teile des Iraks und haben ihre Terroraktivitäten auf Syrien ausgedehnt. Menschliche Tragödien, nicht abreißende Flüchtlingsströme, machtpolitisches Chaos sind die Folgen. Es ist im Vergleich zu Al-Qaida, Boko Haram, Abu Sayyaf und Al Shabaab die bisher massivste islamistische Bedrohung.

Verlorene Machteinflüsse zurückerobern

Hintergrund ist die Tatsache, dass seit dem Sturz von Saddam Hussein die Sunniten im Zentralirak von der derzeitigen schiitischen Zentralregierung in Bagdad unter Nuri al-Maliki gezielt vernachlässigt und von der Ressourcenverteilung ausgeschlossen wurden, während Kurden im Norden und Schiiten im Süden über reichliche Erdöleinkommen verfügen. Sunnitische Stämme hatten die Folgen der amerikanischen Kriegs- und Besatzungsstrategie und die Auflösung der bestehenden Institutionen des Landes am stärk-

ten zu spüren bekommen. Jetzt wollen sie ihre verlorenen Machteinflüsse zurückerobern. Die Religion der Sunniten wird zur Mobilisierung der Massen als Vehikel benutzt. Sie erinnern sich der Grausamkeiten der iranischen Schiiten im irakisch-iranischen Krieg (1980 – 1988).

IS bezieht sich auf die Islam-Vorstellungen der Salafisten und Wahabiten. Diese verstehen weitgehend den Aufruf zum Dschihad nicht spirituell, sondern kriegerisch-militärisch. „Der Kampf (im Sinne von Töten, Kampf mit der Waffe) ist allen vorgeschrieben, selbst denen, die ihm abgeneigt sind, denn Kampf ist ein Gut für sie (Sure 2:116) ... So lasset (im Kampf) nicht nach und ruft nicht zum Waffenstillstand auf, wo ihr doch die Oberhand habt. Und Allah ist mit euch, und Er wird euch eure Taten nicht schmälern“ (47:35). Was Muhammad zur Errichtung der Umma auf dem Weg zur Weltherrschaft des Islams gefordert hat, wollen die IS-Dschihadisten realisieren.

Ethische und religiöse Vielfalt wird zerschlagen

Der Mittlere Orient war jahrtausendlang Heimat verschiedener ethnischer Gruppen und religiöser Gemeinschaften. Die IS-Miliz will die ethnische und religiöse Vielfalt zerschlagen. Auch für säkulare Muslime, die die Trennung von Religion und Staatsmacht fordern, ist das Auftreten des IS eine Katastrophe. Schiiten, Christen, Jesiden und Kurden werden entrechtet, vertrieben, gefoltert, getötet. Aus Saudi-Arabien und Katar, den Handelspartnern westlicher Mächte, wird die IS-Miliz mit westlich produzierten Waffen unterstützt.

Erstmals ist es mit dem IS einer islamistischen Terrorgruppe gelungen, über Ländergrenzen hinweg weite Teile von Irak, Syrien und dem Libanon zu kontrollieren. Andere Länder sind im Visier. Wie bedrohlich die Lage ist, wird daran deutlich, dass Al-Qaida 2011 über etwa 500, während IS heute über 10.000 bewaffnete Kämpfer verfügt. Die Region des Nahen Ostens ist am Zerschlagen: Vor allem Saudi-Arabien und Iran sind an folgenschweren Stellvertreterkriegen beteiligt.

Sicherheitspolitischer Tsunami

„IS hat drei Feinde: die schiitischen Muslime, den Westen allgemein und Israel. „Es ist ein sicherheitspolitischer Tsunami, der sich an der Grenze zur Türkei, an der Schwelle zu Europa aufbaut“, so der Nahost-Experte Michael Lüders. Vielfach wird argumentiert, dass die fundamentalistische IS-Miliz militärisch nicht zu besiegen ist. Patriarch Louis

Raphael Sako von Bagdad lehnt Militärinterventionen und Waffenlieferungen ebenso ab wie pax christi und andere Friedensorganisationen. Befürworter von militärischen Interventionen oder von Waffenlieferungen gehen hingegen davon aus, dass zum Schutz der Zivilbevölkerung die Ausbreitung des IS-Terrors militärisch, bzw. mit Waffenlieferungen zu bekämpfen ist. Andreas Zumach, Journalist und Sicherheitsexperte, drängt darauf, zur Eindämmung des Terrors nicht mit militärischen Mitteln vorzugehen, sondern eine internationale, von den Vereinten Nationen autorisierte Schutztruppe in der Konfliktregion zu entsenden.

Frieden und Stabilität im Nahen Osten

Vielen Christ/innen ist daran gelegen, Solidarität mit den Mitchrist/innen im Irak und in Syrien zu bezeugen. Verschiedene Anstrengungen der Kirchen und kirchlicher Gruppen werden unternommen. Mit einem pointierten Aufruf hat der Vatikan an die Völkergemeinschaft appelliert: „Die dramatische Situation der Christen, der Jesiden und anderer religiöser und ethnischer Gemeinschaften verlangt eine klare und mutige Stellungnahme insbesondere vonseiten der muslimischen Religionsverantwortlichen, aber darüber hinaus all derer, die sich für den interreligiösen Dialog engagieren, und letztlich aller Menschen guten Willens. Alle müssen diese Verbrechen einmütig und unmissverständlich verurteilen und den Versuch, sie mithilfe der Religion zu rechtfertigen, anprangern“, fordert der Päpstliche Rat für den Interreligiösen Dialog. Was wäre aber mit einer einhelligen, weltweiten Verurteilung erreicht? Lösungen regionaler Macht- und Interessenkonflikte müssen mühsam ausgehandelt und konkrete gewaltfreie Konfliktlösungen vorangetrieben werden.

Papst Franziskus, der klarstellte, dass es „Fundamentalismus in allen Religionen“ gibt, bringt seine Besorgnis zum Ausdruck: „Wir alle wollen Frieden und Stabilität im Nahen Osten, und wir wollen etwas dafür tun, dass die Konflikte durch Dialog, Versöhnung und politische Übereinkünfte gelöst werden.“ Was können wir dafür tun? Auch der kleinste Schritt in die richtige Richtung ist nicht zu klein.

Klaus Beurle ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion.

[Lesen Sie auch die Stellungnahme von pax christi-Präsident Bischof Heinz Josef Algermissen und die Handlungsvorschläge aus den pax christi-Kommissionen Rüstungsexport und Friedenspolitik. >>>](#)

Der Weg Jesu ist kein Weg der Gewalt und kein Weg des Nichtstuns

Mit der bedrückenden Situation im Irak und in Syrien setzten sich der pax christi-Präsident und zwei pax christi-Kommissionen auseinander. Die pax_zeit dokumentiert hier Auszüge daraus:



pax christi-Präsident Den nicht-militärischen Kampf ernster nehmen

Am 14. Oktober 2014 schrieb pax christi-Präsident Bischof Heinz Josef Algermissen in einem Grußwort zur Ökumenischen Friedensdekade:

„Die verzweifelte Lage der christlichen und anderen Bewohner/innen des Nahen und Mittleren Ostens übersteigt, was wir mit unserem Mitgefühl ausdrücken können. In akuter Not rufen die Menschen im Kampfgebiet nach Waffen und Beistand und übertönen jene, die vor noch mehr Waffengewalt warnen.

Die Waffenlieferungen und Militärschläge wirken hilflos, auch weil sie nicht mit einem politischen Konzept verbunden sind. Zu einem politischen Konzept, das über aktuelles Unrecht hinausweist, würde gehören, die Staaten in der Region, die in Spannung zueinander stehen wie Iran und Saudi-Arabien als Garantemächte für ein Gewaltende zu gewinnen, den Grundkonflikt zwischen Israel und Palästina nicht länger zu verwalten, sondern zu lösen, einen nuklearwaffenfreien Nahen und Mittleren Osten, wie ihn Staaten in der Uno anstreben, endlich auszuhandeln und eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur aller Länder im Nahen und Mittleren Osten aufzubauen. Der sogenannte Islamische Staat (IS) bedroht alle Staaten in der Region. Doch nur, wenn diese gemeinsam an einem Tisch sitzen, werden sie auch gemeinsam dem IS etwas entgegensetzen können. Werden solche Ziele nicht benannt, bleibt es bei Vermutungen, dass Destabilisierung und Zerschlagung der Staaten in Kauf genommen werden.

Es sind zunächst nicht wirklich alle gewaltärmeren Maßnahmen versucht worden beim Kampf gegen den IS. Erst jetzt beginnt man, unter anderem auf die Kanäle seiner Finanzierung hinzuweisen und redet darüber, wie sie unterbunden werden könnten. Es ist auch nicht versucht worden, den UN-Sicherheitsrat für ein gemeinsames Eingreifen zu gewinnen.

Der Weg Jesu ist kein Weg der Gewalt und kein Weg des Nichtstuns. Er wendet sich denen zu, die unter der Gewalt leiden und bittet für die Umkehr derer, die hassen und töten.“

Kommission Rüstungsexport Deutschland wird zur Konfliktpartei

Aus der Erklärung vom 20. August 2014

„Wieder einmal muss die westliche Staatengemeinschaft feststellen, dass sie in den vergangenen Jahren auf einen Verbündeten im Nahen Osten gesetzt hat, der nun ganz eigene Interessen verfolgt. Die Türkei und die USA haben von Ankara aus die Soldaten des Islamischen Staates (IS) in Syrien stark gemacht. Mit den Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und Katar hat die deutsche Regierung und ihre Wirtschaft die Länder aufgerüstet, die den Islamischen Staat (IS) aktiv unterstützt haben.

Die Folge dieser politischen Fehler ist, dass Krieg nun nicht mehr nur in Syrien, sondern auch wieder im Irak herrscht. Wir erleben heute das völlige Versagen der UNO und des UN-Sicherheitsrats. Das Völkerrecht und die Genfer Konventionen werden von allen Konfliktparteien ignoriert und durch die Politik der Mitglieder des Sicherheitsrates delegitimiert. Trotz der Schwäche der UN sollte unter Führung der Vereinten Nationen eine Friedenskonferenz mit den USA, der EU, Russland, der Türkei, des Irans, Syrien, Saudi-Arabien und den religiösen Ethnien des Iraks vorbereitet werden.

Die Bundesregierung solle auf keinen Fall aus einem unüberlegten Aktionismus heraus, ohne Konzeption für die Folgen und gesetzeswidrig, aus staatlichen Beständen Kriegswaffen in das Krisengebiet des Irak liefern. Damit wird Deutschland zur Konfliktpartei.“



Die pax christi-Kommission Rüstungsexport hat eine Argumentationshilfe geschrieben. Bestellungen bitte direkt an das pax christi-Sekretariat.

Kommission Friedenspolitik Kein militärisches Engagement im Irak

Aus der Erklärung vom 22. September 2014

„In einem weiteren Krieg in der Region mitzumachen bedeutet die Fortsetzung der katastrophalen Politik, die v.a. die USA vor zwölf Jahren mit dem Irakkrieg begonnen haben. Die Kriege gegen Irak und Libyen haben eine Destabilisierung in der arabischen Welt verursacht, deren Ausmaß sich mit dem Aufkommen des IS jetzt in seiner ganzen Tragweite zeigt. Die Ausweitung auf Syrien ist mit der großen Gefahr der Entstehung eines internationalen bewaffneten Konflikts verbunden, in den Russland, der Iran oder gar die NATO hineingezogen werden könnten. pax christi ist sich der Verpflichtung zu einer Schutzverantwortung für die bedrohten Christ/innen und Jesid/innen in der Region bewusst. Gleichzeitig sind die Konsequenzen zu bedenken, die ein vorrangig bewaffnetes, kriegerisches Eingreifen haben wird, das die Situation insgesamt zu verschlimmern droht.

Stattdessen müssen andere Wege beschritten werden

- die deutliche Identifikation und öffentliche Anprangerung der Unterstützer des IS,
- die Austrocknung dieser Quellen und ein internationales, auch polizeilich-juristisches Vorgehen gegen Verantwortliche und direkte wie indirekte Unterstützer des IS,
- die Verabredung von humanitären Korridoren und anderen geeigneten Instrumenten zu einem wirklichen Schutz der Bevölkerung – auch mit den Regierungen Syriens und des Iran.

Wir unterstützen den Aufruf des maronitischen Patriarchen Bechara Rai an den IS zum Dialog im Namen der Menschlichkeit, und stellen uns hinter den chaldäisch-katholischen Bischof Antoine Audo und den Präsidenten von Caritas Internationalis, Kardinal Oscar Rodriguez Maradiaga, die sich aus Sorge um ihre Glaubensgeschwister und im Interesse der Erfolgchancen humanitärer Hilfe gegen Luftangriffe der US-geführten Militäralianz ausgesprochen haben.“

Skandal: Flüchtlingspolitik

Frontex statt Seenotrettung



Karl Kopp

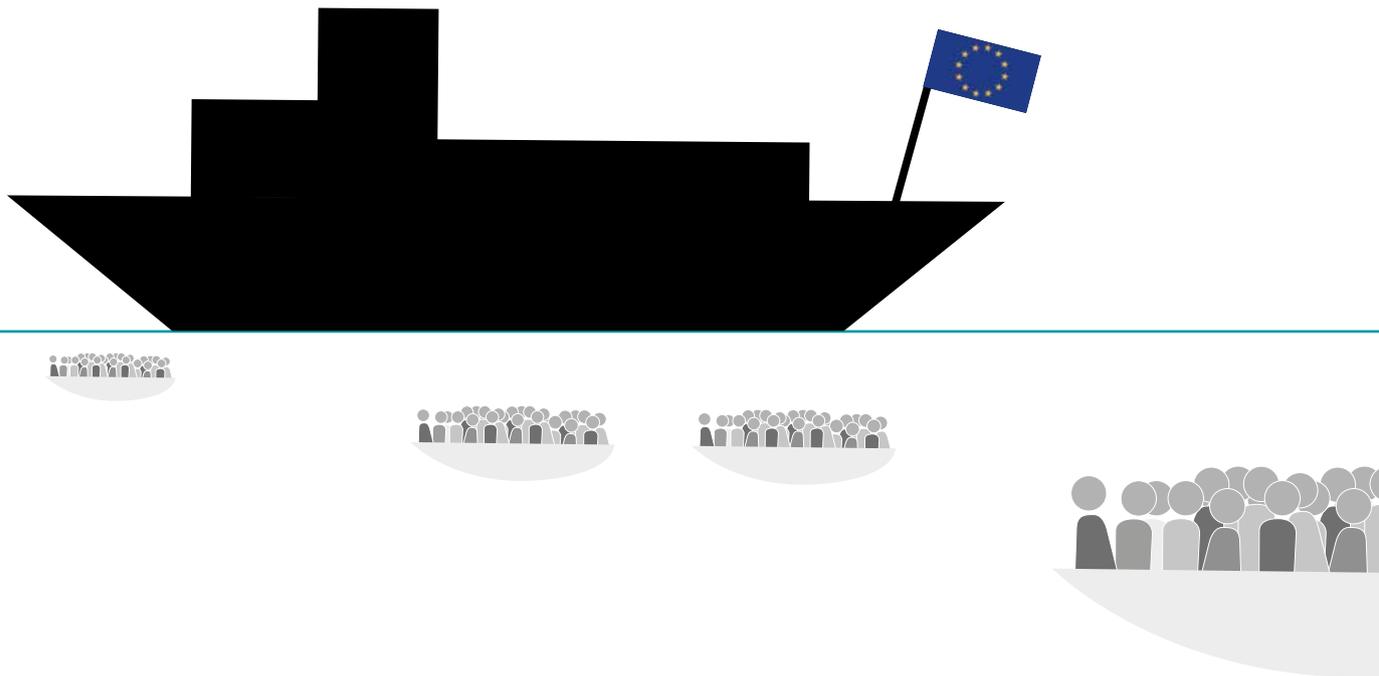
Die pax christi-Delegiertenversammlung forderte die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass Schutzsuchenden an Europas Grenzen eine gefahrenfreie Einreise sowohl an der Land- als auch an der Seegrenze ermöglicht wird. Die Rettung Schiffbrüchiger Flüchtlinge solle durch das italienische Programm „Mare Nostrum“ fortgesetzt und ab jetzt von der EU finanziert werden. Die Praxis von Grenzschutzbehörden, Flüchtlinge illegal zurückzuweisen, solle sofort beendet werden. Worum es genau geht, erläutert der folgende Artikel.

Schon zum Jahrestag der Schiffskatastrophe vor Lampedusa, bei der am 3. Oktober 2013 über 360 Bootsflüchtlinge ums Leben gekommen waren, stand der Beschluss fest. Mare Nostrum, die Rettungsoperation Italiens, wird noch in diesem Jahr auslaufen. Der Grund dafür: Die europäischen Regierungen weigern sich nach wie vor strikt, die Kosten für eine Europäisierung der Operation zu übernehmen. Zwar reiste der Präsident des Europaparlaments Martin Schulz persönlich nach Lampedusa, um der Toten von damals zu gedenken. Wohlmöglich erinnerte er sich dort auch an seine Worte vom Vorjahr, als er vor den aufgeparten Särgen seine Betroffenheit bekundete: Lampedusa müsse ein Wendepunkt für die europäische Flüchtlingspolitik sein. Eine Wende, die nicht eintraf. Die Pressekonferenz zum Jahrestag auf Lampedusa wurde daher von Protesten von Menschenrechtsaktivist/innen und lokalen Gruppierungen begleitet. Die Nachricht an Schulz war deutlich: Der Opfer von damals

zu gedenken, während weitere Todesfälle stillschweigend hingenommen werden, ist nicht nur heuchlerisch, sondern schlicht ein Skandal. Die weit über 3.000 Todesfälle im zentralen Mittelmeer allein in 2014 haben in der EU zu keinem Umdenken geführt.

Durch die italienische Operation Mare Nostrum konnten seit Mitte Oktober 2013 bereits über 150.000 Flüchtlinge im zentralen Mittelmeer gerettet werden. Trotz der Rettungseinsätze sind gleichzeitig allein in den Sommermonaten weit über 2.500 Bootsflüchtlinge ums Leben gekommen. Nach mehrmaliger Ankündigung soll die Operation nun im Dezember dieses Jahres eingestellt werden, wie der italienische Innenminister, Angelino Alfano, öffentlich bestätigte. Die europäischen Regierungen hatten sich strikt geweigert, Mittel zur Verfügung zu stellen, um Mare Nostrum in eine europäische Seenotrettung zu überführen: Am 8. Juli hatten die EU-Innenminister das Anliegen der italienischen Regierung ein für alle Mal ausgeschlagen. Ein deutliches und zynisches Signal: Rund 9 Millionen Euro pro Monat waren den europäischen Regierungen zu viel, um zehntausende von Menschenleben zu retten. Der Druck aus Rom verhallte in Brüssel jedoch nicht vollkommen: Ende August sicherte die damalige EU-Innenkommissarin Cecilia Malmöstrum ihrem italienischen Kollegen zu, dass eine Frontex-Operation eingesetzt werden solle mit dem Arbeitstitel „Frontex Plus“.

Die Ablösung von Mare Nostrum durch die Frontex-Operation-Triton lässt Schlimmes befürchten: Statt mehr Seenotrettung droht ein starker Fokus auf Grenzkontrolle und



Abwehr. Frontex selber räumt bei jeder Gelegenheit ein, dass ein „Ersetzen“ von Mare Nostrum durch die Agentur aus verschiedensten Gründen nicht möglich sein wird: Die Finanzierung der Operation Triton – wie sie nun in bekannter Frontex-Tradition heißt, nach der Operationen nach griechischen Gottheiten benannt werden – liegt deutlich unter den für die italienische Operation verausgabten Mitteln. Nach Angaben von Frontex belaufen sich die Kosten auf rund 2,8 Millionen Euro monatlich. Damit stehen weniger Ressourcen an Personal und Material zur Verfügung. Am 1. November 2014 startete der neue Einsatz der Agentur mit zwei Flugzeugen, einem Helikopter und sieben Schiffen, zwei davon hochseetauglich.

Auch das Einsatzgebiet soll verkleinert werden. Während Mare Nostrum bis in die libyschen Gewässer Rettungsaktionen vornahm, die knapp 160 Seemeilen von Lampedusa entfernt sind, soll Triton nur nahe der italienischen Küste abdecken. Die Patrouillen werden damit nur noch bis rund 30 Seemeilen vor der italienischen Küste und vor Lampedusa reichen. Klar ist: Eine Verkleinerung der Operation wird dramatische Konsequenzen haben: Noch mehr Tote sind die absehbare Folge.

Doch abgesehen von geringeren zur Verfügung stehenden Ressourcen und der drastischen Verkleinerung des Einsatzgebietes, entspricht Seenotrettung auch nicht dem Mandat von Frontex. Frontex-Interimsdirektor Gil Arias bestätigte bereits bei seiner Präsentation der neuen Operation vor dem Europaparlament am 4. September 2014: „Weder die

Mission, noch die Ressourcen erlauben ein Ersetzen“ von Mare Nostrum. Es bestehe ein „fundamentaler Unterschied“ zwischen Triton und Mare Nostrum. Während letztere eine „Such- und Rettungsoperation“ sei, fokussiere Triton auf „Grenzkontrollen“.

Frontex ist keine Seenotrettungsagentur. Nur eine zivile europäische Seenotrettung kann akut zur Rettung von Menschenleben beitragen. Kurzfristig muss Mare Nostrum weitergeführt, verstärkt und vor allem von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten voll finanziert werden – wenn vor Europas Toren tausende von Schutzsuchenden und Migrant/innen ums Leben kommen, so ist dies die Verantwortung Europas. Begleitend zu einer umfangreichen Seenotrettungsoperation ist ein innereuropäischer Solidarmechanismus notwendig. Flüchtlinge, die zum Beispiel in Italien, Malta oder Griechenland ankommen, müssen die Möglichkeit erhalten, in andere EU-Mitgliedstaaten legal weiterzureisen. Insbesondere in Fällen, in denen Familienbindungen oder Community-Netzwerke in bestimmten Ländern bestehen, muss dies ermöglicht werden. Es wäre ein Akt der Menschlichkeit, aber auch ein Beitrag zu mehr Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten.

Das Sterben an den EU-Außengrenzen kann letztlich nur durch die Öffnung legaler und gefahrenfreier Wege für Schutzsuchende beendet werden.

Karl Kopp ist Europareferent von Pro Asyl und vertritt Pro Asyl im Europäischen Flüchtlingsrat.

Rüstungsexporte schaffen Fluchtursachen

Studienthema und Anlass einer Kundgebung in Fulda

Jene, die Waffen herstellen: Was ist denn das für ein Beruf? Niemand hier auf dem Petersplatz wird mir jetzt antworten, weil es sicherlich keine ‚Todesmanager‘ unter euch gibt. ...

Papst Franziskus, am 11. Juni 2014



Paul Russmann

Niemand, der sich heute gegen Waffenexporte engagiert, hat die Idylle einer konfliktfreien Welt vor Augen. Aber er wendet sich gegen einen Realismus, der einigen wenigen ein waffengeschütztes Paradies bringt und allen anderen die Hölle. Es geht um eine Welt, in der Konflikte auf andere als auf mörderische Weise ausgetragen werden.

Es ist kaum zu glauben, wie wir Menschen 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges und 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges miteinander auf unserer Erde umgehen. Es herrscht Krieg in der Ukraine, in Syrien, im Irak, in Israel/Palästina und im Südsudan – um nur einige Beispiele zu nennen. Im Namen geostrategischer Machtinteressen und religiöser Fundamentalismen werden Feindbilder aufgebaut, Grenzen verschoben, Menschen getötet. Besorgte Stimmen aus Politik und Gesellschaft warnen vor einem neuen Kalten Krieg, andere sogar vor einem Dritten Weltkrieg.

Eine große Gefahr für den Weltfrieden sieht Papst Franziskus im gegenwärtigen Weltwirtschaftssystem, einem „System, das Krieg führen muss, um zu überleben“. Und das habe zur Folge, „dass Waffen produziert und verkauft werden und Menschen auf dem Altar des Geldes geopfert werden.“ Opfer dieses Systems, „das Krieg führen muss, um zu überleben“, sind mehr als 50 Millionen Menschen, die welt-

weit auf der Flucht sind. Dies ist der höchste Wert seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch statt die Grenzen für Menschen zu öffnen, die vor Krieg, Verfolgung und Armut fliehen, verfolgt Europa eine Politik der Abschottung. Maßgeblich mitverantwortlich dafür ist die europäische Grenzagentur FRONTEX. Die Flüchtlingsorganisation PRO ASYL kritisiert zu Recht, „dass mit den FRONTEX-Einsätzen im Mittelmeer und vor der westafrikanischen Küste das Flüchtlingsvölkerrecht verletzt wird. FRONTEX-Schiffe drängen regelmäßig Flüchtlingsboote zurück in Staaten, in denen sie keinen asylrechtlichen Schutz finden können. In Staaten wie Libyen droht ihnen die Kettenabschiebung, unmenschliche Haft oder Misshandlungen.“

Es bleibt ein Skandal, dass Armuts- und Kriegsflüchtlinge kaum eine Chance haben, in Deutschland und Europa eine sichere Zuflucht zu finden, gleichzeitig aber dem Rüstungsexport weiterhin Tür und Tor geöffnet wird. Statt die Grenzen für Menschen weit zu öffnen und die Grenzen für Waffen zu schließen, trägt Deutschland weiterhin als drittgrößter Waffenexporteur „zu der Nichtfriedfertigkeit in der ganzen Welt bei, und zwar in einem unerhörten Ausmaß“ (Altkanzler Helmut Schmidt). Oder um es mit den Worten von Bischof Algermissen zu formulieren: „Rüstungsexporte tragen zur Friedensgefährdung bei, weil Waffenlieferungen nicht selten überhaupt erst die Möglichkeit zu militärischen Konflikten eröffnen.“

Die pax christi-Delegiertenversammlung beteiligte sich in Fulda an einer Kundgebung für Frieden und gegen Rüstungsexporte.



Fotos: Eva Begeemann, Fabian Wilczek

Oft eskalieren Gewaltkonflikte erst durch die Lieferung von Waffen an eine oder mehrere Konfliktparteien. Sie dauern länger und fordern mehr Opfer. Das zeigen der aktuelle Bürgerkrieg in Syrien, zahlreiche Gewaltkonflikte der letzten Jahre auf dem afrikanischen Kontinent oder die Drogenkriege in Mittelamerika. Wer Frieden und Freiheit verteidigen, Menschenrechte und Völkerrecht achten will, darf keine Waffen weltweit exportieren. Rüstungsexporte füllen auf Kosten der Lebensgrundlagen der Menschen in den Empfängerländern hierzulande die Geldbeutel der Aktionäre und Eigentümerfamilien von Rüstungsfirmen.

Mit der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ werden wir uns weiterhin mit Aktionen und Lobbyarbeit dafür einsetzen, dass Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter grundsätzlich nicht mehr exportiert werden. Eine Welt, die die Grenzen für Waffen schließt und für die Menschen öffnet. Eine Welt, wo unser Blick geweitet ist auf die Möglichkeit eines Lebens, in welchem „man nicht mehr das Schwert zieht“ und wo „nicht mehr geübt wird für den Krieg“, wo jeder unter seinem Weinstock sitzt.“ Eine Welt, in der ein Leben in seiner ganzen Fülle für alle möglich wird. (Joh. 10,10)

Paul Russmann ist Diplomtheologe und Geschäftsführer der Ökumenischen Aktion Ohne Rüstung Leben.

Ein Karlsruher Trippelschritt

Dr. Sebastian Roßner

Am 21. Oktober hat das Bundesverfassungsgericht ein Urteil in dem Organstreitverfahren gesprochen, das die drei Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele, Katja Keul und Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) angestrengt hatten. Ziel war es, die Bundesregierung zu einer besseren Information des Parlaments über geplante oder genehmigte Exporte von Rüstungsgütern zu zwingen.

Die Ergebnisse sind bescheiden. Immerhin, um mit dem Positiven zu beginnen, die Regierung muss zukünftig das Parlament auf Anfrage über Entscheidungen des Bundessicherheitsrats (BSR) informieren. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hält zwar daran fest, dass das Parlament nur über abschließende Entscheidungen der Regierung informiert werden muss, wertet aber bereits die Beschlüsse des BSR als abschließend, die eigentlich nur der internen Willensbildung des Kabinetts dienen und denen noch die Genehmigung oder Ablehnung des beantragten Exports durch das zuständige Ministerium folgt. Die parlamentarische Kontrolle von Rüstungsexporten profitiert von dem Urteil, weil die Abgeordneten so bereits zu einem früheren Zeitpunkt einen Anspruch auf Information haben. Andere Hoffnungen haben sich dagegen nicht erfüllt. Vor allem haben die Karlsruher Richter es unter Berufung auf das Beratungsgeheimnis des Kabinetts abgelehnt, die Regierung auch zu verpflichten, die Begründungen für ihre Rüstungsexportentscheidungen offenzulegen.

Damit bleiben die Richtlinien im Dunkeln, nach denen die Regierung ihre Rüstungsexportpolitik ausrichtet. Die dringend nötige Diskussion über Rüstungsexportpolitik erleichtert das nicht.

Daneben hat das BVerfG auch ausdrücklich die Grenze für Informationsansprüche des Parlaments dort gezogen, wo eine weitergehende Information die Grundrechte der Exporteure verletzen würde. Eine Auskunft an das Parlament darf also die Geschäftsgeheimnisse des fraglichen Unternehmens nicht verraten, etwa Rückschlüsse auf den Kaufpreis zulassen.

Insgesamt gesteht das Gericht dem Bundestag ein bisschen mehr an Informationsrechten zu, auch wenn es dabei von der gegenwärtigen Regierung rechts überholt worden ist. Im Übrigen hat Karlsruhe den rechtlichen Status quo eingefroren. Bewegung muss also von der Politik her wieder in die Sache kommen.

Dr. Sebastian Roßner ist Mitglied der Fachgruppe Rüstungsexport der Gemeinsamen Konferenz der Kirchen Frieden und Entwicklung (GKKE)

Das Grundgesetz gilt auch am Wochenende

Otto Fuhrmann und Gotthold Streitberger streiten für die Menschenwürde



Foto: pax christi Regensburg

Otto Fuhrmann und Gotthold Streitberger sind die aktuellen Träger des vom pax christi-Diözesanverband Regensburg gestifteten Preises für Zivilcourage

Paul Reinwald

Otto Fuhrmann und Gotthold Streitberger sind seit Jahrzehnten aktiv in der Flüchtlingsarbeit, bei der Unterstützung von Asylbewerber/innen und im Kampf für den gerechten und menschenwürdigen Umgang mit Fremden in unserem Land. Nun bekamen sie den Preis für Zivilcourage, den pax christi Regensburg verleiht.

Otto Fuhrmann, ehemaliger Gymnasiallehrer aus Weiden, widmet sich der Unterbringung von Asylbewerber/innen und der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Über Jahre hinweg besuchte er Familien und einzelne Asylbewerber/innen und hält bis heute Kontakt zu ihnen. Er brachte beispielsweise Flüchtlinge aus dem Ausland, von deren Schicksal er hörte, an die deutsche Grenze, wo sie persönlich um Asyl nachsuchen konnten. Auf den Hinweis eines Grenzbeamten an der tschechisch-deutschen Grenze, an einem Samstagnachmittag könne kein Asylantrag gestellt werden, setzte er sich energisch mit dem „Einspruch“ durch, das Grundgesetz gelte auch am Wochenende.

Individualität und Kreativität

In seinem humanen Einsatz zeigt er eine bewundernswerte Individualität und Kreativität. Seit Jahren kauft Fuhrmann Asylbewerber/innen im Umkreis von Weiden ihre staatlich

zugeteilten Waren ab, um ihnen so durch Bargeld ein kleines Stück mehr Freiheit und Würde in der Lebensführung zu ermöglichen. Dafür setzt er seine eigenen finanziellen Mittel ein. Die Waren werden dann von ihm nach Polen oder Tschechien gebracht, wo er die Lebensmittel an Einrichtungen für sozial Bedürftige verschenkt.

Im Jahresbericht 2012 des Keppler-Gymnasiums Weiden findet sich zur Verabschiedung vom aktiven Schuldienst der Satz: „Ein in sich ruhender Kollege mit großer Gelassenheit, verbunden mit Sinn für Tradition und Geschichte, was unter anderem sein großer Vollbart unterstreicht“. Diese Charakterisierung erklärt auch eine Begebenheit in der Remuh-Synagoge zu Krakau. Offensichtlich erinnerte sein würdiges Auftreten, sein dozierender Gestus, sein Bart und auf dem Haupt die Kippa andere Besucher an einen Rabbi aus einem Stetl. Sie grüßten ihn mit ehrerbietiger Verneigung und sahen in ihm einen ehrwürdigen Gelehrten, dessen Ausführungen man gerne lauscht.

Persönliche Verantwortung übernehmen

Von Behörden, von Politikern oder auch von deutschen Gesetzgebern wird jedoch sein widerständiges Handeln nicht gerne gesehen. Die Länder Europas errichten Mauern, ziehen Stacheldraht, um Menschen abzuwehren, die sich der Festung Europa nähern. Otto Fuhrmann übernimmt dort,

»Aktiv für den Frieden« ist eine Rubrik, in der wir Menschen vorstellen, die sich in ganz besonderer Weise für den Frieden in der Welt engagieren.

Möchten Sie eine Person vorschlagen, über die hier berichtet werden kann? Senden Sie Ihren Vorschlag an das pax christi-Sekretariat.

wo er glaubt, dass Menschenrechte mit Füßen getreten werden, persönlich Verantwortung und hilft konkret und individuell verzweifelte Menschen zu einem würdigen Leben in der Mitte unserer Gesellschaft.

Einen anderen Weg geht **Gotthold Streitberger**. Sein Engagement ist politisch, öffentlich, gesellschaftlich. Präsent in Regensburg, München, Weiden, Nürnberg und Berlin kämpfte er gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Der private Gotthold Streitberger tritt dabei ganz hinter seinem öffentlichen Engagement zurück. Dennoch lässt sich seine Persönlichkeit charakterisieren durch Tischtennis und Fahrrad, Reaktionsschnelligkeit und Ausdauer. Beide Persönlichkeitsmerkmale bestimmen Streitbergers Arbeit über Jahrzehnte. Sein Studium schloss er mit einer Diplomarbeit zum Thema „Asylpolitik und Asylpraxis – eine Herausforderung für menschlich und demokratisch Denkende“ ab. Dieses Thema wurde zum „Leitmotiv meines Engagements in der Solidaritätsbewegung“, wie Streitberger bei einem Vortrag in der Fachhochschule Regensburg betonte.

Er ist Gründungsmitglied der seit 1986 bestehenden Bürgerinitiative Asyl in Regensburg, einer der Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrates, aktiv im Ökumenischen Kirchenasylnetz Bayern. Das Regensburger Kirchenasyl im

Preis für Zivilcourage

Seit 2001 verleiht pax christi Regensburg den Preis für Zivilcourage als Anerkennung für beispielhaftes, zivilcouragiertes Handeln in Bezug auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Die Preisträger/innen zeichnen sich aus durch öffentliches Engagement, Bürgermut und die Förderung des Aufbaus einer offenen, gleichberechtigten und demokratischen Zivilgesellschaft. Mit ihrem bewussten Hinsehen, ihrem politisch-moralischen Einspruch und ihrem bisweilen auch widerständigen Handeln schärfen sie den Blick für Probleme und eröffnen neue Lösungswege. Für Mitbürger/innen sind sie eine Aufforderung, die eigene Haltung gegenüber Mitmenschen und Gesellschaft zu überprüfen und Partei zu ergreifen gegen Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Gefährdung der Zukunft.

Jahre 1996 wäre ohne seine strategische Kompetenz nicht möglich gewesen. Mitte der 90er-Jahre initiierte er aktiv an vorderster Stelle die „Regensburger Aktion für eine gemeinsame Zukunft – ohne Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsradikalismus und Intoleranz“. Er suchte die Zusammenarbeit mit pax christi und brachte auch immer konkrete Vorstellungen ein, wie mit bescheidenen finanziellen Mitteln eines Flüchtlingsfonds geholfen werden kann. Elisabeth Reinwald, die Sprecherin von pax christi Regensburg, brachte seine Persönlichkeit und sein Engagement auf die Formel: ein Kämpfer für die Menschen mit kühlem Kopf und heißem Herzen.

Paul Reinwald ist Mitglied in pax christi Diözesanverband Regensburg.

Delegiertenversammlung 2014

Unsere Stärke: Halt im Glauben und gemeinsame Suche nach friedlichen Lösungen.



Fotos Seite 14 und 15: Joachim Feldmann

Josef Roberg

Wer auf der Suche nach dem absoluten „pax christi-Konzentrat“ ist, sei eine Reise zur Delegiertenversammlung empfohlen. Hier treffen unterschiedliche Friedensideen aufeinander und erzeugen neue Kraft für die gemeinsamen Aufgaben. Die Bundesvorsitzende Wiltrud Rösch-Metzler beschrieb zu Beginn der Versammlung die Diskussion über die aktuelle politische Situation; Militäreinsätze zeigen uns das Versagen der Politik. Wir haben uns im aktuellen IS-Konflikt gegen Waffenlieferungen ausgesprochen. Bischof Algermissen hob die Feindesliebe als zentralen Auftrag der Bergpredigt hervor. Auch für ihn bedeutet die Auseinandersetzung um militärische Optionen zum Schutz von durch die IS gefährdeten Menschen eine große Herausforderung. Militärische Interventionen werden diesen Konflikt nicht lösen, alle Bemühungen müssen auf eine politische Lösung gerichtet sein.

Rüstungsexport schafft Fluchtursachen

Die Kommission Rüstungsexport und der Düsseldorfer Jurist Sebastian Roßner diskutierten mit der Versammlung über rechtliche Fragen des Rüstungsexports. Die Ausführungen zur Bedeutung des Europarechtes für den nationalen Rüstungsexport waren für viele Delegierte spannend, es gab zahlreiche Fragen zu diesem Themengebiet.

Diskussionen und Beschlüsse

Delegiertenversammlungen folgen einer strengen Choreographie; als oberstes Entscheidungsgremium des Vereins gilt es, Kontrollfunktion wahrzunehmen und Weichen für die kommende Arbeit zu stellen. Folgende Themen wurden unter anderem diskutiert und entschieden:

Dialog mit der Militärseelsorge

Die Kommission Friedenspolitik und der Bundesvorstand werden beauftragt, den bestehenden Dialog mit der katholischen Militärseelsorge fortzusetzen und zu vertiefen.

Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!

pax christi sieht im Sinne der Forderung nach „Grenzen öffnen für Menschen. Grenzen schließen für Waffen“ das Engagement gegen Rüstungsexporte auch im Kontext der notwendigen Veränderung der deutschen Flüchtlings- und Asylpolitik. Im Rahmen der Rüstungsexport-Kampagne setzen wir uns für Verbote des Exports von Kleinwaffen und der Vergabe von Lizenzen für den Nachbau von Kriegswaffen in andere Länder ein. Die Delegiertenversammlung richtet einen Appell an die Bundesregierung zur Umsetzung dieser Forderungen.

Ziviler Ungehorsam?

Der Bundesvorstand initiiert die Entwicklung einer gemeinsamen Position, ob und nach welchen Kriterien pax christi zu Aktionen zivilen Ungehorsams aufrufen kann und will. Die Gruppen und Diözesanverbände mögen diese Frage diskutieren. Für 2016 soll dann eine Richtungsentscheidung getroffen werden.

Feindesliebe und aktive Gewaltfreiheit

Der Bundesvorstand erhält den Auftrag, innerhalb der katholischen Kirche einen Diskussionsprozess zu Feindesliebe und aktiver Gewaltfreiheit anzustoßen.

Josef Roberg ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion und Mitglied des Bundesvorstandes.



„Meine Vision ist eine Welt ohne Waffen“ Norbert Richter ist neuer Bundvorsitzender

Die Delegiertenversammlung wählte Norbert Richter in Fulda zum Bundesvorsitzenden. „Ein Schwerpunkt meiner Arbeit wird die Fortschreibung des internen Prozesses der Zukunftsfähigkeit von pax christi sein“. Norbert Richter umschreibt in seiner Vorstellungsrede die Fragestellungen für pax christi genauer: „Wie können wir es schaffen, stärker in Kirche und Gesellschaft wahrgenommen zu werden?“ Unter seiner Leitung arbeitet die AG 2020 zu diesem Themenfeld; er betonte, diese Strategiediskussion liege ihm besonders am Herzen. Ebenso misst Norbert Richter dem Diskussionsprozess über das Spannungsfeld von Gewaltkontrolle und Gewaltüberwindung bis zur Gewaltfreiheit große Bedeutung zu. Er bezog dabei konkrete Position gegen die Äußerung von Militärbischof Overbeck, der ausgeprägtes Gutmenschentum und „Lifestyle-Pazifismus“ als keine ernsthafte Alternative zu militärischem Vorgehen sieht.

Der 55-jährige Norbert Richter ist Vater von zwei Söhnen und beruflich als Compliance

Manager eines Elektronikkonzerns tätig. Seit Ende der 80er Jahre ist er pax christi-Mitglied, und wurde 2002 Geschäftsführer von pax christi-Essen. Dort fühlt er sich besonders mit der Pax Christi Kirche, einer Gedenkstätte für den Frieden der Essener St. Laurentius Pfarrei, verbunden, in der er Führungen anbietet. Zusammen mit Wiltrud Rösch-Metzler und Gerold König trägt Norbert Richter seit 2012 im Geschäftsführenden Bundesvorstand Verantwortung in der pax christi-Bewegung.

Norbert Richter betont, dass ihm die Arbeit der pax christi-Kommissionen besonders wichtig ist. Er will sie fördern, weil sie Fachexpertise besitzen und damit den Vorstand beraten und wichtige Impulse in die Bewegung senden können. Seinen Arbeitsstil beschreibt der neue Bundesvorsitzende selbst so: „Meine Grundhaltung zwischen Personen und Positionen, bzw. Problemen zu trennen und Auseinandersetzungen wertschätzend und mit Respekt auszutragen, sehe ich als hilfreiches Handwerkszeug für die Friedensarbeit.“

„Wenn du den Frieden willst, rüste den Frieden!“

Der Friedensbund Deutscher Katholiken und die kirchliche Hierarchie

Michael Rösch

„Wenn du den Frieden willst, rüste den Frieden!“ Dieser Ausspruch Kardinal Faulhabers stellte die zentrale Aussage seiner Friedenspredigt vom 7. Februar 1932 dar. In einem Gottesdienst anlässlich der internationalen Abrüstungskonferenz in Genf hatte sich der Münchner Erzbischof klar zur Abrüstung bekannt und damit einigen Wirbel ausgelöst. Der Friedensbund Deutscher Katholiken (FDK) verbreitete weitreichend den Predigttext des ehemaligen bayerischen Feldpropstes in Publikationen und Flugblättern.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges hatte Michael von Faulhaber die deutsche Bevölkerung in seinen Predigten noch zum Krieg ermuntert und wurde bis Anfang der 1930er Jahre in der Presse als „Kriegseinpeitscher“ und „Kriegspfaffe“ bezeichnet. Offensichtlich hatte sich die friedenspolitische Position des Erzbischofs geändert.

Entstehung der katholischen Friedensbewegung in Deutschland

Vor dem Ersten Weltkrieg gab es keine bedeutende christliche Friedensbewegung in Deutschland. Der Versöhnungsbund wurde auf einer internationalen Konferenz 1914 in Konstanz vornehmlich von evangelischen Christ/innen gegründet, konnte sich jedoch aufgrund des Kriegsausbruchs erst später entfalten.

Die Friedensbotschaften Benedikts XV. und die Erfahrungen im Ersten Weltkrieg riefen in einzelnen Personen ein Umdenken in ihrer Friedenslehre hervor. Nachdem der junge Priester Max Josef Metzger aufgrund seiner Verletzungen von der Front in die Heimat zurückgekehrt war, fand ein reger Austausch mit der Deutschen Friedensgesellschaft statt. Im Februar 1917 gründete Metzger das Weltfriedenswerk vom Weißen Kreuz in Graz und veröffentlichte im gleichen Jahr ein 12-Punkte-Friedensprogramm und ließ dieses dem Papst zukommen. Ähnliche Gedanken formulierten Pfarrer Johann Baptist Wolfgruber und Kaplan Magnus Jocham aus dem Bistum Rottenburg, der in seiner Arbeit auch Unterstützung durch den Zentrumspolitiker

Matthias Erzberger fand. Dieser Personenkreis erweiterte sich und leitete schließlich einen zweijährigen Prozess zur Gründung des Friedensbundes Deutscher Katholiken ein.

Selbstbewusstes Laienengagement

Die Grundausrichtung des FDK beschrieb Felix Hinz 1924 treffend, indem er betonte, dass der „Bund nicht in erster Linie Organisation sein will, sondern eine Ideen- und Tatgemeinschaft bewusst pazifistisch eingestellter Katholiken.“ In dieser Zeit bestimmte immer mehr selbstbewusstes Laienengagement die katholische Friedensbewegung, die sich auf päpstliche Aussagen zum Frieden bezog, aber relativ unabhängig von der kirchlichen Hierarchie agierte. Dabei hatte Pius XI. in seiner Enzyklika „Ubi arcano“ eine klare Unterordnung der Laien eingefordert und die Katholische Aktion als Betätigungsfeld propagiert.

Das relativ unabhängige Engagement der Laien für den Frieden fand jedoch nicht nur Zustimmung. Nuntius Eugenio Pacelli leitete am 22. März 1922 einen Appell des Friedenskartells an den Vatikan weiter, der an die Regierungen weltweit gerichtet war, der hungernden russischen Bevölkerung zu helfen. Der Nuntius machte Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri darauf aufmerksam, dass es sich bei dem Friedenskartell um eine Vereinigung mit republikanischen und demokratischen Tendenzen handeln würde, der auch der Friedensbund Deutscher Katholiken und der Deutsche Monistenbund angehören würden. Dem eigentlichen Inhalt des Schreibens schenkte Pacelli keine Beachtung. Dagegen warnte er vor der Zusammenarbeit mit säkularen Organisationen. Pacellis negative Bewertung von Demokratie und Republik spiegelt seine politische Einschätzung und die der Römischen Kurie wider.

Annäherung Kardinal Faulhabers an den FDK

Trotz des eigenständigen Engagements der Friedensbundmitglieder wussten diese um die Bedeutung der Unterstützung von bischöflicher Seite. Weihbischof Joseph Stoffels und Bischof Joannes Baptista Sproll konnten sie für die Friedensbewegung gewinnen. Immer wieder schrieben Vorstandsmitglieder die deutschen Oberhirten an, versi-

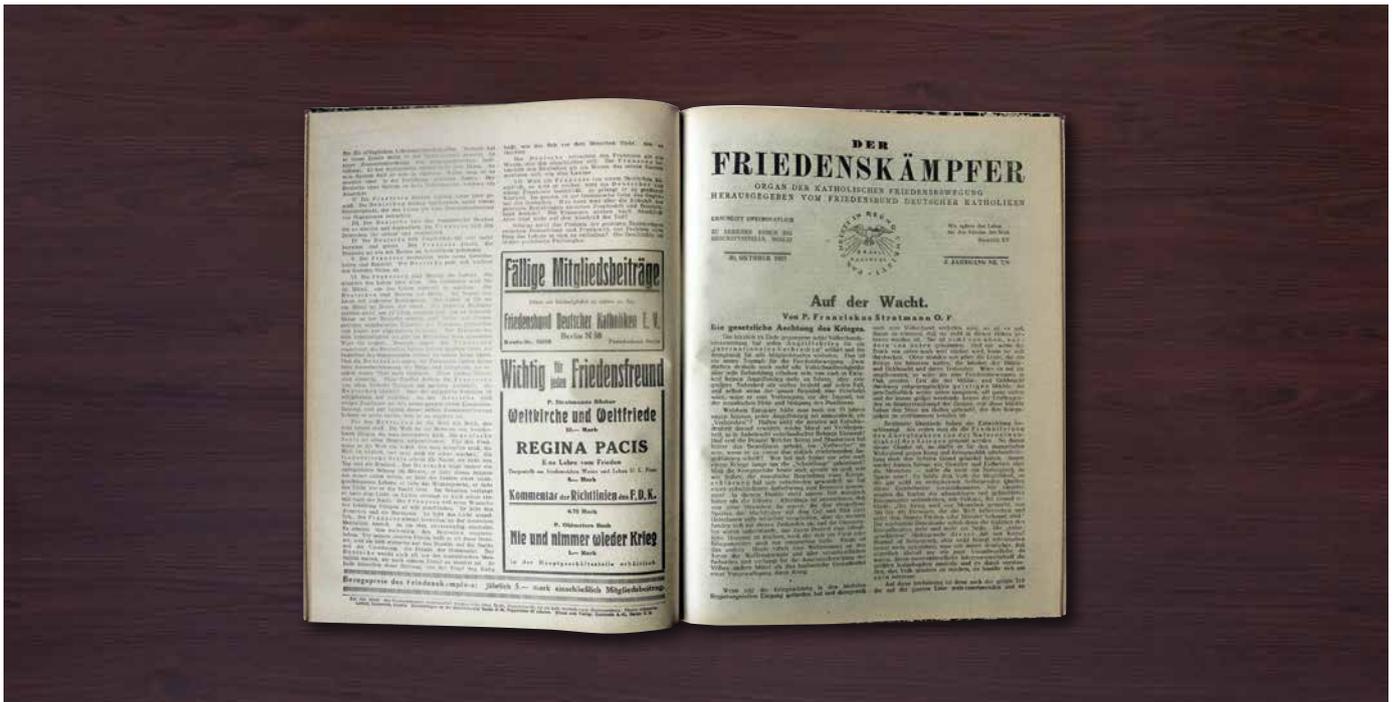


Foto: ekaterinain / 123RF und Michael Rösch

Manches Thema aus dem Friedensbund der Katholiken taucht auch bei pax christi wieder auf.

cherten ihre Unterordnung unter die Hierarchie und baten um offizielle Unterstützung ihrer Ziele. Oft verhallte ihr Rufen, in einigen Fällen fand es jedoch Gehör.

Durch zahlreiche Briefe und taktisches Vorgehen war es Anfang 1932 dem Generalsekretär Paulus Lenz gelungen, 17 Bischöfe für die Unterzeichnung einer Abrüstungskundgebung zu gewinnen. Im Rahmen dieser Abrüstungskundgebung verkündete Kardinal Faulhaber: „Das alte Sprichwort: ‚Wenn du den Frieden willst, rüste den Krieg‘ muß wie ein altes Kriegsboot abgetakelt werden. Die endlosen Rüstungen während des Friedens sind kein Schutz vor dem Krieg, keine Sicherung des Friedens. Das Rüsten um die Wette gibt die ständige Bereitschaft zum Kriege, und von der Bereitschaft ist der Weg nicht weit zum wirklichen Losschlagen.“

Der Blick in die Akten des Friedensbundes offenbart die Herkunft der Kernaussage der Predigt Faulhabers. Die Umwandlung der markanten Redewendung des Militärdenkens „Si vis pacem, para bellum“ wurde über drei Jahre zuvor von Vorstandsmitglied Felix Hinz in einer Denkschrift des Friedensbundes an den Reichsparteitag des Zentrums verwendet. Die weltweite Aufrüstung in Betracht ziehend, fragte Hinz nach Mitteln der Friedenssicherung für Deutschland.

Faulhaber identifizierte sich seit Beginn der 1930er Jahre immer mehr mit den Aussagen des Friedensbundes, soweit, dass er sogar die Wehrpflicht ablehnte. Von seinen

umstrittenen Äußerungen während des Ersten Weltkriegs nahm er nie eine Formulierung zurück. Für den Erzbischof war die moderne grausame Kriegsführung Begründung für seinen Wandel.

Dass FDK-Generalsekretär Paulus Lenz großes Vertrauen in Kardinal Faulhaber hatte, davon zeugt die Tatsache, dass Lenz die Kartothek mit den Angaben der Friedensbundmitglieder bei dem Münchner Erzbischof in Sicherheit bringen wollte, bevor der Bund am 1. Juli 1933 verboten und von den Nationalsozialisten verfolgt wurde.

Michael Rösch ist Mitglied im pax christi-Bundesvorstand.



Der Krieg, die Kirchen und die Pazifisten

Was hat uns Max Josef Metzger heute noch zu sagen?

Tagung an der Katholischen Akademie Freiburg
Freitag, 16.01. bis Samstag, 17.01. 2015

Mit einem Vortrag vom Autor, Michael Rösch
www.paxchristi-freiburg.de

Pazifismus

erschöpft sich nicht im Anti-Militarismus

Zur Aktualität eines Buches von Joachim Garstecki

Keine G

Johannes Schnettler

Das jetzt zu Ende gehende Jahr 2014 hätte mit seinen drei herausragenden Jahrestagen, dem Beginn des Ersten Weltkriegs am 1. August vor 100 Jahren, dem Beginn des 2. Weltkriegs am 1. September vor 75 Jahren und dem Fall der Berliner Mauer am 9. November vor 25 Jahren zu einem glanzvollen Gedenkjahr für Frieden und Völkerverständigung werden können. Und doch lagen über alledem der Schrecken aktueller Kriege, terroristischer Gewaltakte, brutaler Verfolgung und Vertreibung sowie dramatischer internationaler Spannungen. Statt neuer Impulse für Friedenspolitik fordern Bundespräsident und Verteidigungsministerin eine größere militärische Verantwortung Deutschlands ein, und der Bundestag beschließt Waffenlieferungen für aktuelle Kriegsparteien. Spätestens mit dem mörderischen Vorrücken der IS-Kämpfer sind die Fragen nach der Reichweite der Gewaltfreiheit wieder aufgeworfen.

Herausforderungen für gewaltfreies Handeln

Mit seinem Buch „Gewaltfreiheit politisch denken“ hat Joachim Garstecki einen wichtigen Beitrag zu dieser pazifistischen Grundsatzdebatte geleistet. Das Buch, das „Anstöße zur Friedensdebatte in Ost und West 1981 – 2012“ – so der Untertitel – geben will, könnte aktueller nicht sein. Mögen sich auch die Kontexte der im Buch dokumentierten Debattebeiträge des Autors weitestgehend geändert haben; der

Leser wird sehr schnell feststellen, dass das Grundproblem, wie mit gewaltfreien Mitteln Frieden und Gerechtigkeit erreicht und wie in Situationen äußerster Gewalt Menschen Schutz gewährt werden können, stets herausfordernd bleibt. Oder mit den Worten des Autors gesprochen „Das sogenannte Ehemalige erweist sich gelegentlich als erstaunlich gegenwärtig“. Die Herausforderungen für gewaltfreies Handeln in den zurückliegenden 30 Jahren zeichnet der Autor an drei Zeiträumen nach: Friedensarbeit in den Koordinaten des Ost-West-Konflikts (1981 – 1988); Vorrangige Option für Gewaltfreiheit versus Schutz der Menschenrechte (1992 – 1999); Unerledigte Geschichten (2000 – 2012). Zielführend auf unsere Fragestellung hin sind bereits die jeweiligen Untertitel zu diesen einzelnen Epochen: Kirchen in der DDR als Lernorte für Gewaltfreiheit; die Rückkehr des Kriegs nach Europa und der Pazifismus-Streit in der pax christi-Bewegung; das sogenannte „Ehemalige“ und sein Sinn für die Friedensarbeit von morgen.

Kraft und Aktualität

Eingeleitet wird diese Aufarbeitung der friedenspolitischen Diskussion durch die biographisch-historische Betrachtungen des Autors, der nicht nur Beobachter der jeweiligen Prozesse, sondern als Studienreferent für Friedensfragen beim Bund der Evangelischen Kirche in der DDR, Berater der Ökumenischen Versammlung in der DDR, pax christi-Generalsekretär (1991 – 2000) und Studienleiter der Stiftung

ewalt



Adam von Trott auch aktiv Beteiligter war. Damit wird das Buch zu einem Fundus einer profilierten Pazifismusdebatte, die auch den kritischen Anfragen der um Kompromisse und internationalen Zwängen agierenden Politik gerecht wird. Denn für Garstecki, der die Option für die Gewaltfreiheit im Kontext des Staatssozialismus der DDR geschärft hat, ist pazifistisches Handeln immer bestimmt von der Suche nach der gemeinsamen Sicherheit der Konfliktparteien, ebenso wie dem Schutz der Menschenrechte. Aus der Spannung dieser drei Orientierungen heraus gewinnen die Texte zur Friedensarbeit in der DDR, zum Krieg auf dem Balkan, dem Massaker von Srebrenica, dem Kosovo-Krieg, zur internationalen Schutzpflicht (Responsibility to protect), dem Krieg gegen den Terror, dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ihre Kraft und Aktualität.

Christlich begründete Gewaltfreiheit

Bei alledem geht es dem Autor immer um das zentrale Anliegen, wie die Option für Gewaltfreiheit vom Vorwurf der Verweigerung befreit und zu einer politisch bestimmenden Größe werden kann. Eine Antwort findet Garstecki in der „Mühsal ethischer Urteilsbildung“. Er will die christliche Friedensethik messen sowohl an der „Normativität des Gewaltverzichts“ wie auch der „gegebenen Gewaltsituation“. Dass in diesem ethischen Diskurs die ultima ratio eines militärischen Eingreifens in Situationen des Völkermordes eine Option sein kann, mag für viele Anhänger der Gewaltfrei-

heit schwer nachvollziehbar sein. Umso mehr lohnt sich die Lektüre dieses Buches, weil es von der ersten bis zur letzten Seite die Leidenschaft des Autors für eben diese christlich begründete Gewaltfreiheit und die Suche nach der „Minimierung von Gewalt“ dokumentiert. Zur politischen Stärkung der Gewaltfreiheit ist es nach Auffassung Garsteckis notwendig, „ein moralisches Prinzip politisch zu konkretisieren“. Diese Konkretisierung ist dann „für Christen mehr als nur politischer Realismus“ und erst recht keine Form von „Resignation“. Es geht „im Gegenteil darum, unbeirrbar an der christlichen Hoffnung festzuhalten.“ Anstöße, die über das Gedenkjahr 2014 hinaus aktuell bleiben.

Johannes Schnettler war von 1994 – 2012 pax christi-Vizepräsident.

Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

Einmal im Jahr BuVo in Berlin

Der Bundesvorstand tagt überwiegend in Fulda; da ist es gut, mal wieder Berliner Luft zu schnuppern. Der Vorstand nahm sich diesmal viel Zeit, die aktuelle weltpolitische Situation zu diskutieren: Welche Gefahren gehen von den Kriegen in der Ukraine, in Syrien und im Irak aus? Es zeigte sich wieder einmal, dass es schwierig ist, angesichts von akuter Bedrohung von Menschen, nicht nach einer militärischen Lösung zu rufen. Wir haben als Friedensorganisation damit zu kämpfen, dass in Krisensituationen eine Lösung von uns erwartet wird. Sobald diese jedoch gelöst ist, erlahmt das Interesse an uns. Hier eine adäquate Stellungnahme abzugeben, ist für den Bundesvorstand eine große Herausforderung. Die Septembersitzung ist natürlich auch der Delegiertenversammlung gewidmet. Die Redaktion des Vorstandsberichtes will sorgsam erledigt werden, Organisation und Abstimmung benötigen viel Zeit.

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

Zentralafrika-Kommission fordert EU-Direktive zu Kriegs-Rohstoffen

Warlords erzielen riesige Gewinne aus dem Gold-, Zinn- und Coltan-Abbau im Ostkongo. Angesichts dieser Kriegsökonomie setzte sich die Kommission Solidarität mit Zentralafrika am 10. Juli für eine rechtsverbindliche Regulierung von Rohstoffexporten aus Konfliktgebieten ein. Unternehmen sollen die gesamte Lieferkette bis zum Endverbraucher verantworten. Auf Initiative des EU-Parlaments sollen durch Zertifizierung „saubere“ Rohstoffe grünes Licht bekommen und nicht-zertifizierten Rohstoffen die Weltmärkte versperrt werden.

Eine-Welt-Kommission: Sorge um Yanette Bautista

Die Kommission Solidarität Eine Welt äußerte am 6. Oktober große Sorge um Yanette Bautistas Sicherheit und die vieler

Menschenrechtsaktivist/innen in Kolumbien nach öffentlichen Beschuldigungen durch den Expräsidenten Uribe, sie seien Mitglieder der Guerilla. Daraufhin erhielten sie und weitere 91 Aktivist/innen Todesdrohungen. Sie setzt sich für die Familien der gewaltsam Verschwundenen ein und ist mit pax christi verbunden.

Nahost-Kommission: Gaza-Blockade verhindert Frieden

Die Nahost-Kommission forderte am 8. Oktober die Bundesregierung und die Bundestags-Parteien auf, sich für einen dauerhaften Waffenstillstand und eine Öffnung des Gazastreifens einzusetzen. Mit über 90 deutschen Nahost-Experten weist sie auf die Ergebnisse der UN-Studie „Gaza in 2020“ hin: Eine Fortsetzung der Blockadepolitik zerstöre die Lebensgrundlagen für die 1,8 Millionen Menschen bis zum Jahr 2020 völlig.

Kommission Friedensdienste

Ein Jahr für den Frieden: pax christi sucht neue Freiwillige

Für den Freiwilligenjahrgang 2015/16 sucht pax christi wieder junge Menschen im Alter bis zu 25 Jahren, die an einem einjährigen Freiwilligendienst interessiert sind. Das Besondere an einer Entsendung über pax christi, ist die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit friedenspolitischen Themen wie Gewaltfreiheit oder Abrüstung. Bewerbungen bis zum 5. Januar 2015 und weitere Infos bei: Anaïs Imbaud, Klosterplatz 7, 52062 Aachen, Tel.: 0241. 402 876, Email: info@pax-christi-aachen.de, www.aachen.paxchristi.de.



Pilgerer bringen das Aachener Friedenskreuz an Mahnrte in Aachen und in der belgischen Grenzregion.

Unterzeichnung der Erklärung zur Stärkung
der Friedensbildung in Schulen



Foto: pax christi Freiburg und Rottenburg-Stuttgart

Diözesanverband Aachen

Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkriegs

Am 27. September hat pax christi Aachen einen Pilgerweg mit dem Aachener Friedenskreuz an Mahnorte in Aachen und in der belgischen Grenzregion veranstaltet. Damit wurde an den Überfall deutscher Truppen auf das neutrale Belgien von Aachen aus zum Beginn des Ersten Weltkriegs im August 1914 erinnert. Dieser Überfall – so der Historiker Herbert Ruland – habe das Verhältnis zu den belgischen Nachbarn nachhaltig beeinflusst; ein deutliches Zeichen von Versöhnung von deutscher Seite sei lange schmerzhaft vermisst worden. Ein Gang mit dem Aachener Friedenskreuz, das mit dem Ursprung der pax christi-Bewegung verbunden ist, schien besonders geeignet, der Opfer der vielen Kriegsverbrechen zu gedenken.

Diözesanverband Augsburg

pax christi weiter mit Schwerpunkt ‚Rüstungsexport‘

Unter dem Motto ‚Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen‘ will pax christi Augsburg weiterhin Druck mit der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ auf Gesellschaft und Politik machen. Ein Brief der Diözesanversammlung fordert Bischof Zdarsa auf, „kirchliche Räume im Bereich der Diözese Augsburg zur Linderung der derzeitigen aktuellen Aufnahmesituation für Flüchtlinge anzubieten“. Ulrich Frey referierte zum Thema „Gewaltfreiheit – Militäreinsätze? Herausforderung an die Friedensbewegung angesichts aktueller Entwicklungen: IS-Ukraine-Syrien-Gaza“.

Diözesanverband Essen

Die Katholische Kirche und die Weltkriege

Wie kann es sein, dass die katholische Kirche in zwei Weltkriegen so eklatant und erschreckend offensichtlich vom Christentum abfällt? Dieser Frage ging Peter Bürger auf Einladung von pax christi und der DFG-VK nach. Wenn in Predigten und Hirtenbriefen das Kanonengrollen als Läuten zum Gottesdienst, das Schlachtfeld als Altar, die Züge der Soldaten in den Krieg als bessere Fronleichnamsprozessionen und der Soldatentod als Märtyrertod gedeutet werden, dann macht Kirche sich zur Verbündeten einer kriegstreibenden Staatsmacht, anstelle der Friedensethik Jesu treu zu bleiben. Die friedenspolitischen Initiativen Papst Benedikt XV. wurden in der katholischen Kirche Deutschlands entweder totgeschwiegen oder ins Lächerliche gezogen.

Freiburg und Rottenburg-Stuttgart

Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung

Die pax christi-Diözesanverbände Freiburg und Rottenburg-Stuttgart sowie Vertreter/innen von Kirchen, Gewerkschaften, Organisationen der Friedensbewegung und der Jugendarbeit unterzeichneten eine Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in Schulen mit Kultusminister Andreas Stoch (SPD). Ziel ist es, dass die Friedensbildung als fächerübergreifendes Thema in Zukunft stärker berücksichtigt wird. So ist beispielsweise geplant, ein stärkeres Engagement des Landes im Bereich der Lehrerfortbildung oder der Aufbau einer Servicestelle für Friedensbildung. Unbenommen von der Unterzeichnung lehnen beide pax christi-Verbände die im Sommer vom Baden Württemberger Kultusminister modifizierte Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr weiterhin ab.

Diözesanverband Münster

Deutsch-Niederländische Gedenkfeiern

Schon mit zwei „Feuerabenden“ wurde mit einer holländischen Partnergruppe an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren erinnert. „Nichts gelernt?“ und die Erinnerung an Deserteure waren die Themen. Beide Veranstaltungen fanden auf dem Gelände der „Oase“ statt, in unmittelbarer Nachbarschaft des Versöhnungskunstwerkes „Von Angesicht zu Angesicht“, das pax christi Münster auf der deutsch-niederländischen Grenze vor ein paar Jahren hatte errichten lassen.

„Beten ist nicht nichts“ – Erklärung an Volker Kauder

In einer Erklärung „Beten ist nicht nichts“ hat der Diözesanvorstand von pax christi Münster auf den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, reagiert. Dieser hatte gesagt, man könne Terroristen nicht mit Menschenketten und mit Gebeten stoppen. Mit dieser Spitze gegen die Friedensbewegung befürwortete der Christdemokrat militärische Interventionen gegen den IS im Nordirak. Als Alternative schlägt der Diözesanvorstand vor, Schutzzonen einzurichten, die im Einklang mit der UN-Charta von UN-Soldaten gesichert werden müssten.

und nicht von Staaten, die in der Region bereits Schaden angerichtet haben.

Regionalverband Osnabrück-Hamburg

Als die Kleinstadt Haren plötzlich Maczhów hieß

Am 25. Oktober veranstaltete die pax christi-Basisgruppe Lingen/Meppen im Emsland ein Seminar zu den ehemaligen Emslandlagern und der „Polenzeit“ in der Kleinstadt Haren. Der Leiter der Gedenkstätte Esterwegen, Kurt Buck, gab als Referent einen Einblick in die jüngsten Forschungsergebnisse.

Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart

Nein zu deutschen Waffenlieferungen und Bombardierungen

Die Diözesanversammlung von pax christi hat ihre Ablehnung der deutschen Waffenlieferungen an kurdische Militärverbände im Nord-Irak bekräftigt. Zudem verurteilte sie die Bombenangriffe gegen Ziele des sogenannten Islamischen Staates (IS), bei denen die Zivilbevölkerung geschädigt wird. Nach Ansicht von pax christi ist die heutige Lage im Irak eine Folge der verfehlten Politik der USA seit der Invasion im Irak im Jahr 2003. Die Diözesanversammlung fordert, die Finanzquellen des IS auszutrocknen, einen humanitären Korridor für die von dem IS bedrohte Zivilbevölkerung zu schaffen sowie die humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge zu verstärken.

Für Deeskalation im Ukraine-Konflikt – Gegen Erhöhung des Rüstungsetats

pax christi Rottenburg-Stuttgart hat die Bundesregierung und die NATO aufgefordert, im Rahmen der Ukraine-Krise auf militärische Muskelspiele und Kriegsdrohungen zu verzichten. Die derzeitigen NATO-Manöver in der Ukraine tragen nach Auffassung der Teilnehmer/innen zu einer weiteren Eskalation der Spannungen bei und sind kontraproduktiv für eine Konfliktlösung. Außerdem forderte die Diözesanversammlung die Beibehaltung des NATO-Russland-Rates und hält am Ziel militärischer Abrüstung fest. Die derzeitige Krise rechtfertigt keine militärische Aufrüstung im Westen, wie sie von Seiten der NATO kürzlich gefordert wurde. Einer Erhöhung des deutschen Rüstungsetats erteilte die Diözesanversammlung dementsprechend eine klare Absage.

Diözesanverband Trier

Mahnwache vor der Graf-Werder-Kaserne Saarlouis

pax christi Trier hat gemeinsam mit dem FriedensNetz Saar gegen den Einsatz von deutschen Soldaten im Irak im Zusammenhang mit den Waffenlieferungen an kurdische Nationalisten protestiert. Vor der Graf-Werder-Kaserne in Saarlouis protestierte die Gruppe am 26. September gegen die Lief-



Vor der Graf-Werder-Kaserne in Saarlouis protestierten Mitglieder von pax christi Trier und dem FriedensNetz Saar.

erung von tausenden Sturmgewehren, von Maschinengewehren und panzerbrechenden Waffen. Die Lieferung erhöhe die Zahl der zur Verfügung stehenden Rüstungsgüter in der Region und trage so nicht zu einer friedlichen Lösung der sozialen, religiösen und ethnischen Konflikte im Irak bei, so das Bündnis. Fanatische Kräfte wie die Kämpfer des IS würden so noch leichter an Waffennachschub kommen. Außerdem könne der IS nur durch eine politische Lösung für die Konflikte der verfeindeten Parteien im Irak isoliert und zurückgedrängt werden. Vor allem aber müsse der Nachschub an Waffen aus den Golfstaaten sofort unterbunden und die humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge verstärkt werden.



Diözesanverband Paderborn Friedensarbeiter Hartmut Linne verstorben

„Erschreckend plötzlich und entschieden zu früh“ ist der Paderborner pax christi-Friedensarbeiter Hartmut Linne am 13. September 2014 verstorben, so Diözesanvorstand Peter Witte. In der Nachfolge von Toni Schneider hatte Hartmut am 1. September 2013 sein Amt im Diözesanverband Paderborn angetreten und sich in dieser Zeit mit großem Wissen und unermüdlichem Einsatz gegen Krieg und Gewalt und für friedliche Konfliktlösungen eingesetzt. Hartmut war Gründungsmitglied der Paderborner Initiative gegen den Krieg und „Spiritus Rektor“ der Aktion Freie Senne. Viele Diskussions-, Informations- und Kulturveranstaltungen zu einem Leben ohne Militär gehen auf Hartmut zurück. Mit großer Trauer aber noch größerer Dankbarkeit hat pax christi nun von Hartmut Linne Abschied genommen. „Er fehlt uns sehr als nimmermüder Mitstreiter, engagierter Pazifist und treuer Freund. Seine Arbeit für den Frieden ist uns Verpflichtung für die Zukunft“, so Peter Witte.

Niemals durch Böses Gutes erreichen wollen

Sepp Rottmayr

Das schwere Leid, das die Christ/innen und religiösen Minderheiten im Irak und Teilen Syriens zu tragen haben, trifft uns ins Herz. Die meisten Menschen auf der Welt möchten sie retten und verfallen angesichts schrecklicher Nachrichten auf das, wonach die Menschen seit ihrem paradiesischen Dasein vertrauen: auf die Gewalt.

Der Focus richtet sich dabei nicht mehr darauf, diesen Minderheiten lebenswichtige Güter zukommen zu lassen und ihnen eine Bleibe in unseren Ländern zu ermöglichen, sondern auf die Kämpfer des Islamischen Staates (IS). Sie führen Böses im Schilde und müssen schließlich militärisch gestoppt werden. Dazu gehört selbstverständlich, jenen Kämpfern Waffen zu liefern, die selbst gewaltsame Lösungen für politische Ziele anstreben.

Es ist ein Musterbeispiel für ein Tun, das durch Böses (militärische Gewaltanwendung gegen Menschen) Gutes erreichen will; ein Tun, das der Logik dieser Welt entspricht, aber der Seligpreisung „Selig die keine Gewalt anwenden, denn sie werden das Land erben“ entgegensteht. Im katholischen Katechismus steht klar: Niemals darf Böses dazu dienen Gutes erreichen zu wollen. (1789 – Es ist nie erlaubt, Böses zu tun, damit daraus etwas Gutes hervorgehe). Dieser Grundsatz kann nur durch eine Lüge entkräftet werden: indem militärische Gewaltanwendung für gut gehalten wird, weil sie das Böse stoppt. Genau dies geschieht in dem Ton, den man leider auch von christlichen Bischöfen hört – der Ton dieser Welt. Die Gewaltanwendung mag militärisch richtig, legitim oder legal sein, gerechtfertigt von einer kleinen oder großen Mehrheit, sie wird dadurch nicht christlich, denn es fließt dadurch Blut, freilich nur das Blut des „Feindes“.

Ohne Gewaltanwendung fühlen wir uns ohnmächtig; mit ihr aber, so glauben wir in unserer Hybris, sind wir in der Lage, als ultima ratio Böses zu verhindern und alles regelbar zu machen. Wir ersetzen dabei zu Ende gedacht ganz einfach Vertrauen in Gott durch Vertrauen in die Gewalt – und glauben dann, dies sei Gottes Wille. Aber es kann nicht der Wille des Allbarmherzigen sein, da in seine Barmherzigkeit auch die im Irrtum befangenen Kämpfer des IS fallen. Wie diese befangen sind im Irrtum, so sind wir andererseits ebenso befangen in der Gewalt, wenn wir ihr vertrauen, hier Einhalt und Abhilfe schaffen zu können.

Die Weltgemeinschaft sollte alles unternehmen, um diese Minderheiten ohne Gewaltanwendung zu retten. Dazu gehört nicht nur, diesen Menschen Gastfreundschaft zu gewähren, und ihnen lebenswichtige Güter zukommen zu lassen, sondern auch alles zu versuchen, Kontakt mit der IS aufzunehmen und bei dieser bereits verteufelten Gruppe für eine humane (islamische) Behandlung der Minderheiten zu werben. Man sage nicht, all dies sei in einer Welt, die Luftbrücken einrichten kann, in der man auf dem Mond landete, und in der die Feindesliebe verkündet worden ist, nicht möglich.

Sepp Rottmayr war Initiator der pax christi-Gruppe Gewaltverzicht in München. Er starb am 18.11.2014.

Weihnachtsfrieden 1914

Deutsche, englische und französische Soldaten lassen für Tage die Waffen ruhen und reichen einander über die Schützengräben hinweg die Hände zum Weihnachtsfest.

Weihnacht nach Lukas

In jener Gegend lagerten Hirten auf freiem Feld und hielten Nachtwache bei ihrer Herde. Da trat der Engel des Herrn zu ihnen und der Glanz des Herrn umstrahlte sie. Sie fürchteten sich sehr, der Engel aber sagte zu ihnen: Fürchtet euch nicht, denn ich verkünde euch eine große Freude, die dem ganzen Volk zu teil werden soll: Heute ist euch in der Stadt Davids der Retter geboren; er ist der Messias, der Herr. Und das soll euch als Zeichen dienen: Ihr werdet ein Kind finden, das, in Windeln gewickelt, in einer Krippe liegt.

Weihnacht 1914

An Weihnachten 1914 kam es an der Westfront und an der Ostfront vereinzelt zu einem Innehalten im Krieg. Die feindlichen Soldaten krochen aus ihren Schützengräben, stimmten Weihnachtslieder an oder sprachen und rauchten miteinander. Hundert Jahre später erinnern wir staunend an diesen „Weihnachtsfrieden“ im Krieg.



Credit: Science Photo Library / Agentur Focus

Weihnacht 2014

In die Traurigkeit und Gewalttätigkeit der gegenwärtigen Welt kommt Gott der Retter. In die selbstgemachten Kriege und die ungelösten Konflikte wird Jesus geboren und erfüllt die Ängstlichen mit Hoffnung. Der Auftrag der Engel lautet, sich aufzumachen, sich von der Freude anstecken zu lassen und bereit zu sein für den Weihnachtsfrieden 2014.

Allen Freundinnen und Freunden von pax christi, allen Kooperationspartnern in Friedensbewegung, Politik und Kirche wünschen wir frohe Weihnachten und ein gesegnetes und friedvolles Jahr 2015.

pax christi-Bundesvorstand